



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 14. Juni 2017

Seite:
203

Vorsitz	Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	37 Mitglieder
Entschuldigungen	Werner Rupp (SVP) Philipp Umbricht (FDP) Bruno Graf (SP)
Versand	19. September 2017
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 16. Oktober 2017 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter willkommen. Speziell begrüsst er Stefan Hiltbold, Feuerwehrkommandant, und die Pressevertreter der Aargauer Zeitung.

Traktandenliste

		Inpflichtnahme von Stephan Häberli als Mitglied des Einwohnerrates
1		Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
2	2017.27*	Rechnung und Rechenschaftsbericht 2016; Genehmigung
3		Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes:
31	2017.35	Ilayda und Ilkay Bostanci, Türkei
32	2017.36	Ebru und Okan Koc, Türkei
33	2017.37	Suganiya Sivam, Sri Lanka
34	2017.38	Tiziana Lobosco, Italien
4	2017.20	Verpflichtungskredit Erneuerung Sammelstelle Chapf / Liegenschaft 2591
5	2017.29	Verpflichtungskredit Altlastensanierung Schiessanlagen Sohr
6	2017.32*	Verpflichtungskredit Rechtsformänderung Elektrizitäts- und Wasserwerk
7	2017.33*	Verpflichtungskredit Heizung Schulhaus Dorf
8	2017.34*	Verpflichtungskredit Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen; Beschaffung eines Pionierfahrzeugs
9	2017.39	Motion Barbara Scheidegger (CVP) betreffend Betriebsbeiträge Campussaal; Überweisung
10		Beantwortung von gestellten Fragen
11		Mitteilungen des Gemeinderates
12		Neueingänge

Inpflichtnahme von Stephan Häberli als Mitglied des Einwohnerrates

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 in Pflicht:

- Stephan Häberli (Mitglied der SVP-Fraktion)

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP):

Rücktritt Christian Locher

Christian Locher hat am 2. April 2017 seinen sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat und allen anderen politischen Ämtern erklärt. Christian Locher ist seit 1. Januar 2014 Mitglied des Einwohnerrates, seit zwei Jahren arbeitet er auch in der Schulpflege mit. Er hat sich aktiv für die Gemeinde und insbesondere die Schule eingesetzt. Ich danke ihm im Namen des Einwohnerrates für sein Engagement.

Protokoll

Zum Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. Januar 2017 wurden keine Änderungs- oder Ergänzungsanträge eingereicht. Es gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

2 2017.27

Rechnung und Rechenschaftsbericht 2016; Genehmigung

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Windisch ist eine attraktive, aufstrebende, selbstbewusste Gemeinde. Durch das aktive Engagement sind wir nicht nur gemeindeintern, sondern auch regional eine Marke. Dieser Leitsatz begleitet uns weiterhin und er wird vom Rechnungsergebnis bestätigt. Unsere Strategie ist gut: Trotz sparsamem Umgang mit den finanziellen Mitteln bewusst in die Entwicklung der Gemeinde investieren. Campus und Kunz-Areal wirken sich aus, unser Bevölkerungswachstum und die Zunahme der Steuerkraft sind beachtlich. Im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden ist unser Rechnungsabschluss fast ausserordentlich. Einschneidende Ausnahmefälle haben vor allem Gemeinden mit hohem Aktiensteuerertrag. In diesem Bereich ist unser Ertrag seit Jahren unterdurchschnittlich, wir sind deshalb weniger von wirtschaftlichen Veränderungen abhängig. Das Rechnungsergebnis bestätigt, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Zurücklehnen können wir uns trotzdem nicht, im Gegenteil, es ist weiterhin ein achtsamer Umgang mit den finanziellen Ressourcen notwendig. Schulden von CHF 13.7 Mio. und anstehende grosse Investitionen im Bereich Schulraumplanung erfordern einen nachhaltigen Einsatz der finanziellen Mittel.

2016 resultiert ein Gewinn von CHF 2.1 Mio., budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 670'000.00. Hauptursache der positiven Abweichung sind die Einkommens- und Vermögenssteuern und die Grundstückgewinnsteuern. Die Erträge liegen deutlich über dem Budget. Der Bilanzüberschuss beträgt am 31. Dezember 2016 CHF 11,8 Mio., die Selbstfinanzierung CHF 3,9 Mio. Mit Nettoinvestitionen von CHF 1,5 Mio. resultiert ein Selbstfinanzierungsgrad von 263%, CHF 2.8 Mio. besser als budgetiert. Der Finanzierungsüberschuss bewirkt einen Schuldenabbau von CHF 2,5 Mio. Die Nettoschuld liegt bei CHF 13,7 Mio. oder bei CHF 1'829.00/Einwohner. Stolz halte ich einmal mehr fest, dass die direkt beeinflussbaren Ausgaben nach wie vor unter den Ausgaben von 2002 liegen. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis zu nehmen und die Rechnung 2016 zu genehmigen.

Daniel Brassel, Sprecher FiGPK (EVP): thv und FiGPK haben die Rechnung 2016 eingehend geprüft. Die Revisionsgesellschaft hat die Bilanz und die Erfolgsrechnung aus finanztechnischer Sicht geprüft. Der umfangreiche und aussagekräftige Prüfungsbericht lobt die saubere, kompetente Rechnungsführung.

Die FiPGP hat die finanzpolitischen Aspekte überprüft. Jedem Mitglied wurden ein bis zwei Bereiche zugewiesen, die Spezialfinanzierungen inbegriffen. Kreditkontrolle, Anlagenspiegel, Abschreibungen und Rückstellungen wurden mit der Rechnung quer verglichen. Besten Dank an die Mitglieder der FiGPK für die geleistete Arbeit.

Im Bericht, Kapitel 3.1, Absatz 4, weisen wir daraufhin, dass sich das nicht genutzte Investitionsbudget mehrheitlich ins Jahr 2017 verschiebt. Diese Aussage stimmt grundsätzlich, im Bericht stehen die Zahlen inklusive Ausgleichsbuchungen. Die effektiven Zahlen gemäss Rechnungsbericht Seite 44: Budgetiert waren Investitionen von CHF 4.3 Mio. Investiert wurden CHF 3.0 Mio., rund 2/3 des budgetierten Betrages. Bei den Investitionseinnahmen waren CHF 4.6 Mio. budgetiert, effektiv sind es nur CHF 0.4 Mio. Die Abteilung Finanzen begründet diese grosse Differenz mit Mail vom 17. Mai 2017 wie folgt: "Die Differenz bei den Einnahmen ist bei den geringeren Anschlussgebühren zu suchen. Wie bei den tieferen Baubewilligungsgebühren ist dies hauptsächlich auf die Bauprojekte Tower und PDAG zurückzuführen, deren Baustart erst im Jahr 2017 erfolgt."

Die Abteilung Finanzen kontrolliert die laufenden Kredite systematisch. Im Zeitpunkt der Rechnungsprüfung waren keine grösseren negativen Abweichungen erkennbar. Wie in den Vorjahren war die Budgetdisziplin der Verwaltung sehr gross. Die Abweichung der Rechnung, inkl. Spezialfinanzierungen, liegt gegenüber dem Budget beim Aufwand

bei 0.3%, beim Ertrag + 5.9%. Erfreulicherweise ist die positive Entwicklung bei den Steuererträgen nachhaltig.

Sorge bereitet die Entwicklung der Ferien- und Überzeitguthaben der Mitarbeitenden. Wir haben diese Situation immer wieder beanstandet. 2016 haben diese nochmals um 5% zugenommen, obwohl wir eine Reduktion von 20% empfohlen haben. In mehreren Fällen wird das Personalreglement verletzt. Es sind dringend Massnahmen zu treffen, um die Überzeit- und Feriensaldi zu reduzieren. Im Rahmen der Prüfung haben wir festgestellt, dass erste Massnahmen eingeleitet sind.

Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit. Ein spezieller Dank an Heidi Ammon und Marco Wächter, sie haben die Fragen der Prüfungsorgane jederzeit umfassend beantwortet.

Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der thv und der eigenen Prüfungen, die Genehmigung der Rechnung 2016.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung Allgemeine Würdigung

Marco Valetti (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt der Rechnung zu, wir freuen uns sehr über den Überschuss. Ein grosser Dank geht an die Angestellten. Der Rechnungsabschluss beweist, dass das Budget auf einem guten Fundament steht und eher defensiv budgetiert wird.

Paul Bitschnau (SP): Die SP freut sich ebenfalls über das positive Ergebnis. Neben höheren Gemeindesteuern und niedrigeren Investitionen haben einmal mehr nicht kalkulierbare Faktoren eine Rolle gespielt, dieses Jahr die Sondersteuern. In den letzten 8 Jahren haben die Sonderfaktoren mit durchschnittlich CHF 1 Mio. zu einem besseren Ergebnis beigetragen. Hoffentlich geht es so weiter. Die Frage bleibt, ob einzelne Bereiche nicht genauer budgetiert werden können. Wir danken dem Gemeinderat, der Verwaltung und speziell der FiGPK für die gute Arbeit. Ein kleines Aber haben wir, die Sorge um das Personal. Die Problematik der Überzeit- und Feriensaldi ist sofort anzupacken. Die aktive Pflege des Personals ist eine wichtige Aufgabe des Vorgesetzten. Dieses darf sich nicht selbst ausbeuten und kann dazu führen, dass man den stetig wachsenden Aufgaben nicht mehr gewachsen ist, krank wird und den Job wechseln muss. Die hohe Fluktuationsrate beim Personal beunruhigt uns sehr. Natürlich trägt der ausgetrocknete Markt dazu bei, dass die Stellen relativ einfach gewechselt werden

können. Die Personalverantwortlichen haben Handlungsbedarf. Wird bei der Rekrutierung darauf geachtet, dass die Stellenbeschreibung mit den tatsächlichen Aufgaben übereinstimmt und diese mit dem Pensum zu bewältigen sind? Wird der Einführung und Begleitung genügend Gewicht beigemessen? Und wer führt die Führenden? Auch hier sind die Personalverantwortlichen gefordert. Die grosse Fluktuation schädigt den Ruf der Gemeinde als Arbeitgeber. Die SP stimmt der Rechnung 2016 zu.

Marc Keller (CVP): Die CVP-Fraktion hat die erfreuliche Rechnung zur Kenntnis genommen. Wir haben bei der Budgetdebatte Anträge gestellt, um Kosten zu sparen. Die Rechnung beweist, dass dies möglich ist. Ein Dank an alle Beteiligten für das positive Ergebnis. Wir schätzen, dass Mehrerträge nicht sofort wieder ausgegeben werden. Der Zunahme der Fallzahlen und der damit verbundenen Kostensteigerung bei der Sozialhilfe ist die notwendige Beachtung zu schenken. Wie die FiGPK erwähnt, ist auch der höheren Belastung, ausgelöst durch andere Sozialhilfestellen, die notwendige Beachtung zu schenken.

Geplant waren CHF 2.1 Mio. Investitionen, ausgegeben wurden CHF 1.5 Mio. Die Investitionen verschieben sich somit in Jahre, welche gemäss Investitionsplan bereits hohe Investitionen vorsehen.

Erfreulich ist die Unterschreitung der Budgetkredite, erstaunlich die grosse Anzahl Nachtragskredite von CHF 310'000.00. Wir stellen die Notwendigkeit in Frage, scheinbar wurde vielfach die Budgetierung verpasst. Speziell freuen wir uns über den Schuldenabbau. Nochmals ein herzliches Danke für die Budgetdisziplin, wir stimmen der Rechnung zu.

Daniel Brassel (EVP): Wir stimmen der Rechnung zu. Wir danken für die Budgettreue und die gute Arbeit der Verwaltung, der FiGPK für den guten Bericht.

Robert Kamber (FDP): Wir freuen uns über den überraschend grossen Überschuss. Nicht kalkulierbare Faktoren haben wiederum dazu beigetragen. Wir hoffen, dass die deutlich höheren Steuereinnahmen eine gewisse Nachhaltigkeit haben, damit wir auch in Zukunft positive Rechnungen haben. Wir attestieren dem Gemeinderat und der Verwaltung einen sorgfältigen Umgang mit den Finanzen. Die sehr hohe Budgettreue, das grosse Kostenbewusstsein und die internen Kontrollsysteme haben ebenfalls zum positiven Abschluss beigetragen. Bisher waren meine Worte ein Plagiat, es sind die Worte von Pia Stammler zum Rechnungsabschluss 2015. Dasselbe gilt für die Rechnung

2016. Erfreulich, dass wir uns einmal einig sind. Ich hoffe, dass diese Einigkeit im weiteren Verlauf der Sitzung anhält. Die Rechnung kann mit gutem Gewissen ad acta gelegt werden und die Beratung wird hoffentlich nur kurz dauern.

Zum Jubeln ist es noch zu früh, Heidi Ammon hat es erwähnt, zurücklehnen können wir nicht. Das Budget 2017 haben wir mit einem Aufwandüberschuss von CHF 0,8 Mio. verabschiedet. Das betriebliche Ergebnis weist ein Minus von CHF 1,2 Mio. aus, dies bei einem stolzen Steuerfuss von 118%. Beträchtliche Investitionen stehen an, vor allem bei der Schulinfrastruktur.

Ich habe die Finanzkennzahlen farbig ausgedruckt, die Farben können sich schnell wieder ändern. Heute freuen wir uns über den sehr guten Abschluss. Es besteht die Chance, dass wir allen Anträgen zustimmen werden.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Zur Personalsituation: Es gibt beim Stellenplan zwei Varianten: Aufstockungen werden budgetiert und umgesetzt oder der Gemeinderat überprüft die Situation aufgrund des Bevölkerungswachstums laufend und kauft bei Bedarf Leistungen ein. Für eine Personalaufstockung muss ein genügend grosses Pensum bestehen. Ich sehe keinen Veränderungsbedarf, der gewählte Weg ist richtig. Bei Bedarf kaufen wir gezielt Leistungen ein, speziell im Bereich Planung + Bau, teilweise im Steuer- und Sozialbereich. Mit diesem Vorgehen erhalten wir Personal mit grossem Fachwissen, welches durch eine Person nicht immer abgedeckt werden kann. Eine Ausschreibung erfolgt erst bei einem genügend grossen Pensum, damit wir gutes Personal finden und einstellen können. Im Sozialbereich und auch bei der Planung + Bau gehen wir diesen Weg. In diesem Zusammenhang appelliere ich auch an den Einwohnerrat. Die Abteilungsleitungen müssen viele Fragen zu Vorlagen beantworten, die in der Botschaft erläutert und ausgeführt werden. Wir sind bereit zu helfen, die Fragen sollten aber erst nach dem Lesen der Botschaften gestellt werden. Der Einwohnerrat kann in diesem Punkt zu einer Entlastung der Abteilungsleitungen beitragen.

Der von der FiGPK angesprochene Investitionsstau trifft nicht zu. Viele Projekte und Investitionen werden in Zusammenarbeit mit dem Kanton oder anderen Partnern umgesetzt. Diese sind mit den Rechnungen manchmal in Verzug, sodass die Ausgaben nicht im gleichen Jahr anfallen, wo die Investition getätigt wurde. Das ist ein Teil davon. Im Baubereich und bei der Schulraumplanung sind grosse Investitionen geplant. Es ist wichtig, dass in diesen Jahren nicht zu hohe Unterhaltskosten anfallen.

Die Einnahmen sind drastisch höher als geplant. Bereits bei der Budgetdebatte habe ich erwähnt, dass mit diesen Steuereinnahmen gerechnet werden kann. Kurz vor der Budget-Einwohnerratssitzung wird nochmals eine Hochrechnung erstellt. Die beiden

Bereiche, natürliche und juristische Personen, haben wir gut unter Kontrolle. Den Finanzplan haben wir entsprechend angepasst. Die Grundstücksgewinnsteuern sind ein Unsicherheitsfaktor. Wir wissen nicht, wie hoch diese aus- und vor allem wann sie anfallen. Es wäre völlig verfehlt, den Betrag zu erhöhen, ohne zu wissen, wann der Ertrag anfällt. Ein anderes Thema sind die Baubewilligungsgebühren. Die Gebühren einer Bewilligung waren in zwei Budgets enthalten, effektiv nehmen wir sie im dritten Budget ein. Im Steuerbereich kann dieses Vorgehen zu Problemen führen. Die Verwaltung ist für die Budgetierung der Unterhaltsarbeiten verantwortlich. Bei ausserordentlichen Ereignissen ist der Gemeinderat bereit, einen Nachtragskredit zu sprechen. Es erfolgt ein Abgleich mit dem Steuerwachstum, um die zusätzlichen Kosten abzudecken. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Das Budget bietet in keinem Bereich absolute Sicherheit. Die Einnahmen und Ausgaben werden sorgfältig, gestützt auf die vorhandenen Fakten, budgetiert. Das Budget 2018 werde ich mit denselben Parametern erarbeiten. Der Sozialdienst wurde angesprochen, auch die Abteilung Planung + Bau ist eine Baustelle. Die Bevölkerung wächst, es gilt viele Baubewilligungen zu bearbeiten, die Revision der BNO erfordert zusätzliche Zeitressourcen. Der Bereich Planung + Bau bereitet mir mehr Sorgen als der Sozialdienst.

Detailberatung Rechenschaftsbericht

Matthias Zehnder (SP): Der Bericht über die Oase, Ostargauer Strassenentwicklung, ist sehr nüchtern geschrieben. Hoffentlich ist die Haltung des Gemeinderates kritischer. Dieses Projekt bewegt sich schnell im zweistelligen Millionenbereich. Gemäss Dekret müssen wir uns mit 50% an den Innerortsstrecken beteiligen. Der Abschnitt trägt diesem Umstand keine Rechnung. Aktuell ist es im Moment nicht, trotzdem hoffe ich, dass der Gemeinderat seine kritische Haltung in der Öffentlichkeit kommuniziert.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Ich habe Verständnis für dieses Votum. Wir haben eine Klausel unterzeichnet, welche bestimmt, dass nur vom Regierungsrat freigegebene Informationen weitergegeben werden dürfen. Diese sind deshalb sehr knapp. Roland Schneider arbeitet in der Arbeitsgruppe, ich selbst in der Behördendelegation mit. Wir verstehen das Anliegen, als Verantwortliche Finanzen weiss ich, was dieser 50%-Anteil bedeutet. Es ist wichtig, dass nicht zu viele Informationen nach Aussen dringen, damit wir in Ruhe arbeiten können. Ich habe dieses Papier unterschrieben und kann deshalb keine Auskünfte geben. Die Finanzierung wird eingehend diskutiert werden müssen.

Detailberatung Rechnung

Algimantas Gegeckas (CVP): Die Kosten für den Serverwechsel waren 40% höher als budgetiert. Scheinbar gab es Probleme mit der Projektleitung. Kann man dazu präzisere Angaben machen? Wurde deshalb der Budgetkredit überschritten?

Die Hackerangriffe haben mich beschäftigt. Windisch ist natürlich nicht das Pentagon. Wenn es so weitergeht, werden auch Gemeinden unserer Grössenordnung mit solchen Hackerangriffen rechnen müssen. Ist unser IT-System geschützt?

André Gigandet, Gemeindeschreiber I: Die Zuständigkeiten zwischen der internen und externen Projektleitung waren nicht klar. Es fielen zusätzliche Arbeiten für das Installieren des Systems an, was zu Mehrkosten geführt hat. Wir werden die gemachten Erfahrungen beim nächsten Serverwechsel umsetzen.

Die Sicherheit war auch ein Thema bei der FIGPK. Die IT-Sicherheit hat grosse Priorität. Wir verfügen über eine sehr gute Firewall, welcher unser System schützt. Oft können Anwendungen oder Seiten nicht geöffnet werden, weil die Firewall den Zugang blockiert. Die Mitarbeitenden sind sensibilisiert, Mails nicht unüberlegt zu öffnen, auf den Absender zu achten und zu prüfen, ob sie ihn kennen. Verdächtige Mails müssen gemeldet werden. Cybersecurity hat bei uns höchste Priorität und wir sind gut geschützt.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Rechenschaftsbericht 2016 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat Andreas Gertsch / Philipp Umbricht (FDP) „Rechtsgültige EW-Tarife“ wird abgeschrieben.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresrechnung 2016 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes

31 2017.35

Ilayda und Ilkay Bostanci, Türkei

(Botschaft vom 24. April 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Ilayda Bostanci wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Ilkay Bostanci wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

32 2017.36

Ebru und Okan Koç, Türkei

(Botschaft vom 24. April 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Ebru Koç wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Okan Koç wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

33 2017.37

Suganiya Sivam, Sri Lanka

(Botschaft vom 24. April 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Suganiya Sivam wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

34 2017.38

Tiziana Lobosco, Italien

(Botschaft vom 24. April 2017)

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Tiziana Lobosco wird das Gemeindebürgerrecht von Windisch zugesichert.

4 2017.20

Verpflichtungskredit Erneuerung Sammelstelle Chapf/Liegenschaft 2591

(Botschaft vom 10. April 2017)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Drei wesentliche Gründe sprechen für die Sanierung dieser Sammelstelle. Sie ist grundsätzlich sanierungsbedürftig und der private Grundeigentümer wünscht, dass sie entfernt wird. Die Sammelstelle schafft Littering-Probleme. Es ist ein Leichtes ungesehen in den Nischen zwischen den Wändchen und den Containern widerrechtlich Abfall zu deponieren. Dieses Problem fällt mit einem Unterflur-Container weg. Der Gemeinderat bevorzugt die Variante 2, damit wird die Altölsammelstelle aufgehoben. Altöl kann weiterhin, beispielsweise im Container beim Friedhof, entsorgt werden. Der Betrieb der Altölsammelstelle erfordert einen separaten Container. Damit wäre die Idee, die ganze Entsorgung im Boden zu machen, gegenstandslos. Der Gemeinderat schlägt vor, auf die Altölsammelstelle zu verzichten.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Bernhard Stüssi (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag. Aus der Bevölkerung ist immer wieder zu hören, dass die Abfallproblematik gelöst werden muss. Im Ausland wird die Abfallentsorgung in der Schweiz gelobt. Wir werden wohl etwas komisch angeschaut, aber wir haben eine solide Lösung. Diese ist nicht gratis, aber es ist eine gute schweizerische Lösung. Wir hoffen, dass es weniger Littering gibt und das Bauamt weniger Zeit für Aufräumarbeiten aufwenden muss. Die Container können in längeren Zeitspannen geleert werden und wir müssen weniger Fahrten bezahlen. Die vorgeschlagene Variante verursacht keine Mietkosten. Es sprechen keine Gründe gegen eine Annahme dieser Vorlage.

Andrea Höbel (SP): Wir haben bereits der Unterflursammelstelle Fehlmannmatte zugestimmt. Bis heute ist das eine saubere Sache. Windisch zeigt sich von seiner besten Seite. Neben diesem Neubau geht es auch um den Ersatzstandort Parkplatz Chapf. Für

uns ist die Ausbauvariante 2 sympathisch. Der Container für Altöl entfällt, dass ist optisch nett. Parkplatznummer vier bleibt. Diese sind in Windisch knapp. Der Geldbeutel wird weniger strapaziert. Das ist nötig. Wo sind die Kosten für den Rückbau alte Sammelstelle enthalten? Diese sind thematisch in den Baukosten wahrscheinlich dramatisch äh ich meine realistisch. Wir sind auf jeden Fall optimistisch. Falls der Betrag Unvorhergesehenes strapaziert wird, würden wir den einfach ändern lassen auf Vorhergesehenes. So soll das klappen und so stimmt die CVP dem Kreditantrag zu.

Martin Gautschi (FDP): Die Vorredner haben alles erwähnt. Positiv ist die zu erwartende Subvention von CHF 14'000.00. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu.

Stefan Fehlmann (EVP): Wir werden der Vorlage ebenfalls zustimmen, der Gemeinderat hat eine gute Variante ausgearbeitet.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 124'000 inkl. MWST für die Erneuerung der Sammelstelle Chapf zulasten der Spezialfinanzierung Abfallwirtschaft.

5 2017.29

Verpflichtungskredit Altlastensanierung Schiessanlagen Sohr

(Botschaft vom 10. April 2017)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der 300 Meter Kugelfang ist seit bald 10 Jahren ausser Betrieb und muss saniert werden. Gleichzeitig soll der 50 Meter Kugelfang saniert und ausser Betrieb genommen werden. Die Schützen sind informiert und werden nach Brugg umziehen. Die Kosten pro Scheibe sind höher als der gesamtschweizerische Durchschnitt. Die Zufahrt und der Abtransport des Materials durch Lastwagen macht eine Baupiste nötig. Das belastete Gebiet ist grösser, als die Anzahl Scheiben

annehmen lässt. Die Gründe kennen wir nicht genau, wir müssen diese Sanierung ausführen. Wichtig ist, dass diese rasch realisiert wird. Bis 2020 können bei Bund und Kanton Subventionen geltend gemacht werden. Aus diesem Grunde wird die Botschaft jetzt vorgelegt.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Peter Vismara (FDP): Gesetzliche Vorgaben, die Altlastenverordnung, schreibt diese Sanierung vor. Diese ist aus ökologischen Gründen sinnvoll. Die Kosten belaufen sich auf brutto rund CHF 618'000.00, der Anteil von Windisch beträgt CHF 297'000.00. Finanzielle Gründe sprechen ebenfalls für die Sanierung, da bis 2020 Subventionen von Bund und Kanton geltend gemacht werden können. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verpflichtungskredit zu.

Barbara Scheidegger (CVP): Ergänzend zum Votum des Vorredners sprechen wir den in zwei Wochen geplanten Baubeginn an. Die Sommerferien starten und der Bau der Baupiste ist zu verschieben, da viele den Weg zur Badi benützen. Es ist sinnvoller mit den Bauarbeiten erst nach den Sommerferien zu beginnen. Im November und Dezember werden viele Berichte und Abrechnungen erstellt. Eine Verschiebung der Sanierung lässt sich deshalb verantworten. Wir stimmen dem Verpflichtungskredit zu.

Fabian Schütz (SVP): Der Sanierungsbedarf ist ausgewiesen. Da Bund und Kanton nur bis 2020 Subventionen sprechen, ist es sinnvoll die Sanierung jetzt durchzuführen. Wir stimmen dem Kredit zu.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Wir nehmen die Anregung von Barbara Scheidegger entgegen. Ich kann nicht versprechen, dass die Umsetzung so möglich ist. Grundsätzlich ist die Baupiste auch mit Velos befahrbar, vor allem der untere Teil. Dieser bleibt für die Sanierung des 50-Meter-Kugelfangs bestehen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

1. Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 517'266.00, inkl. Mwst, für die Altlastensanierung der 300 m Schiessanlage Sohr.
2. Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 100'000, inkl. Mwst, für die Altlastensanierung 50 m Kurzdistanzschiesanlage Sohr.

6 2017.32

Verpflichtungskredit Rechtsformänderung Elektrizitäts- und Wasserwerk

(Botschaft vom 08. Mai 2017)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Wasser- und Stromversorgung wird durch das Wasser- und Elektrizitätswerk zuverlässig sichergestellt. Die bestehenden Synergien zwischen den beiden eng verknüpften Werken sollen auch in Zukunft ausgeschöpft werden. Warum trotzdem eine Änderung? Wie im Vorfeld diskutiert und mit Beispielen in der Vorlage dokumentiert, verhindert die aktuelle Rechtsform eine Weiterentwicklung, speziell beim EW. Die Zukunftsperspektiven sind eher negativ. Die FiGPK hat diesen Aspekt und die bestehende Problematik ausdrücklich anerkannt. Gestützt auf eine detaillierte Analyse soll als neue Rechtsform die Aktiengesellschaft gewählt werden. Diese ist bekannt, beispielsweise die Sanavita oder die Spitex Region Brugg, wo die Gemeinde Aktionärin ist. Beide Aktiengesellschaften leisten ausgezeichnete Arbeit in einem zum Teil regulierten Markt. Tiefere Gesundheits- und Pflegekosten wirken sich positiv auf die Gemeindefinanzen aus, was die Rechnung belegt. Beide Aktiengesellschaften werden durch einen Verwaltungsrat weitsichtig geführt. Die Entschädigungen der Verwaltungsräte haben höhere Kosten zur Folge. Dieses Geld ist in eine strategisch gut aufgestellte und qualitativ gut arbeitende Unternehmung richtig investiert. Es wird ein Mehrwert generiert, welcher um ein Vielfaches des Verwaltungsratssalärs entspricht. Eine AG ist gewählt worden, weil es aktuell im Kanton Aargau keine Rechtsform gibt, welche den zukünftigen Bedürfnissen des Elektrizitäts- und Wasserwerkes gerecht wird. Wie in der Botschaft erwähnt, können allenfalls in einigen Jahren selbständige öffentlich-rechtliche Anstalten errichtet werden. Die Rahmenbedingungen sind noch nicht bekannt. Die bekannten Eckpunkte aus dem Vernehmlassungsentwurf zeigen, dass diese Rechtsform für das Wasserwerk und für das EW nicht geeignet ist. Artikel 3c lautet: „im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Gemeinden“. Damit wird

eine Flexibilisierung der Werke verhindert. Die Bestimmungen für Gemeinden, beispielsweise bei Subventionen oder bei der Rechnungsführung, würden auch für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten gelten. Diese Form ist für die Zukunft keine Alternative. Wasserwerk und EW haben attraktive Tarife, welche regional oder sogar gesamtschweizerisch vergleichbar sind. Unsere Situation ist gut. Einerseits aufgrund der schlanken Struktur der Werke, andererseits infolge der sehr guten Arbeit der Mitarbeitenden. Beim Wasser profitieren wir von den grossen Grundwasserbeständen, zudem muss das Wasser nicht über grosse Distanzen und viel Verlust gepumpt werden. Das Gemeindegebiet ist nicht stark verästelt, pro angeschlossenen Einwohner sind nur wenig Leitungskilometer notwendig. Wir haben einen geographischen und topologischen Vorteil, der sich unabhängig von der Rechtsform positiv auf die Wasserpreise auswirkt.

Die Stromtarife setzen sich aus drei Komponenten zusammen. Erstens der Energietarif. Letztes Jahr konnten wir die Energie in einem optimalen Zeitpunkt für drei Jahre einkaufen. Davon profitieren wir im Moment. Es ist klar reguliert, wie viel Marge das EW auf diesen Einkaufspreis schlagen darf. Der Spielraum ist sehr klein. Die zweite Komponente ist die Netznutzung. Damit wird die Zufuhr des Stroms an die Gemeindegrenzen und die Weiterleitung im Netz bis zu den Hausanschlüssen abgegolten. Diese Preise sind ebenfalls klar reguliert. Ist der Ertrag in einem Jahr zu gross, muss er in den Folgejahren an die Kunden zurückgegeben werden. Die Kosten für die Netznutzung sind wiederum stark von der Topographie der Gemeinde abhängig. Die dritte Preiskomponente beinhaltet die Konzessionsabgaben an die Gemeinde oder die fixen KEFF-Abgaben. Dieser dreigeteilte Tarif bleibt unabhängig der Rechtsform bestehen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Energiekosten werden unabhängig von der Rechtsform Preissenkungen oder Preiserhöhungen auf uns zukommen.

Kann eine AG politisch beeinflusst werden? Es ändert sich nichts. Bei der Wasserversorgung ist der politische Spielraum sehr klein, es geht vor allem um technische Faktoren. Verpflichtungskredite für die Wasserversorgung werden in der Regel problemlos angenommen. Das EW arbeitet in einem teilliberalisierten Markt. Auch wenn wir uns dies wünschen, die starke Regulierung lässt keinen Spielraum zu. Der Gemeinderat hat sich diese Woche mit folgender Situation auseinandergesetzt: Das EW erwartet 2017 aus dem Bereich Energieverkauf aus regulatorischer Sicht einen Gewinn von ca. CHF 250'000.00. Aus buchhalterischer Sicht wird mit einem Verlust dieser Grössenordnung gerechnet. Es sind zwei Korsetts, das Regulatorische und die rechtlichen Vorgaben für die Rechnungslegung bei Spezialfinanzierungen gehen weit auseinander. Die Zahlen

sind provisorisch, zeigen aber das Spannungsfeld des EW auf. Selbst bei guten Kenntnissen des Umfeldes ist das Korsett, innerhalb dessen sich das EW bewegen muss, so eng, dass kein politischer Gestaltungsspielraum mehr besteht. Die Einwohnergemeinde profitiert stark vom EW. Bedingt durch die engen Korsette, die regulatorischen Vorgaben einerseits und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Spezialfinanzierungen andererseits, müssen wir bezüglich der zukünftigen finanziellen Abgeltungen aus Spezialfinanzierungen ein Fragezeichen setzen. Bei der AG können die Entschädigungen klar geregelt werden. Eine AG darf in einem regulierten Markt Gewinne erwirtschaften und Dividenden an die Aktionärin ausschütten. Aus diesen Gründen bittet der Gemeinderat den Weg für eine sinnvolle Weiterentwicklung von Wasser- und Elektrizitätswerk freizumachen und dem Verpflichtungskredit zuzustimmen.

Daniel Brassel, Sprecher FiGPK (CVP): Die FiGPK war sich nur in einem Punkt einig: Es besteht grundsätzlich Handlungsbedarf für ein selbständigeres, flexibleres und schlagkräftigeres Elektrizitäts- und Wasserwerk. Die aktuellen Strukturen sind nicht mehr zeitgemäss. Somit gibt es zwei Meinungen: Eine Minderheit befürwortet das Handeln, weil es keinen weiteren Aufschub mehr verträgt. Die Form der Aktiengesellschaft ist die richtige, momentan verfügbare Option und erlaubt, zukünftige Entwicklungen im Markt der Elektrizitäts- und Wasserwerke aktiv mitzugestalten. Die Mehrheit stuft den Handlungsbedarf nicht als dringend ein. Nebst der Klärung einiger Fragen in Zusammenhang mit der kritischen Grösse oder möglichen Marktperspektiven, soll die anfangs 2019 kommende Rechtsform der „selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt“ abgewartet werden. Diese Rechtsform soll ebenfalls geprüft und evaluiert werden. Die Mehrheit der FiGPK empfiehlt die Rückweisung der Vorlage.

Eintretensdebatte

Mirjam Aebischer (SP): Die SP-Fraktion stellt den Antrag auf Nichteintreten. Wir sehen keinen Handlungsbedarf. Ich gehe mit den Äusserungen von Herr Treier einig, ich werte diese aber völlig anders. Das EW arbeitet sehr gut und es gibt keinen Handlungsbedarf, dieses in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Das Wasserwerk wird miteinbezogen, ein emotional wichtiger Teil. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb so viel Geld in ein Projekt ohne jeglichen Nutzen investiert werden soll. Ich zitiere aus der Botschaft: „... denn es soll alles möglichst analog der heutigen Situation sein und durch die Rechtsform nicht tangiert werden.“ Das EW ist ein gut funktionierender Betrieb, der

die Kunden regelmässig, zuverlässig zu einem günstigen Preis die gewünschte Strommenge beliefert. Für die SP ist Wasser und Strom ein wichtiges Gemeindegut. Eine Gemeinde funktioniert nur mit dieser Grundlage. Das Gemeindegut muss durch die politischen Gremien, Gemeinderat, Einwohnerrat, bei Bedarf auch durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, kontrolliert werden. 2013 haben sich diese im Rahmen eines Referendums für den Wasserstrom ausgesprochen. Gemeinderat und EW haben mit Unterstützung der EW-Kommission bisher alle Veränderungen, und es waren nicht wenige, gut gemeistert und zum Wohle von Windisch umgesetzt. Der Strompreis ist so tief wie noch nie. Ich habe eine Zusammenstellung der Strompreise im Aargau, für eine Wohnung welche 2'500 kWh verbraucht, erstellt. Es ist gut sichtbar, je höher der Preis, desto eher ist eine Aktiengesellschaft zuständig. Mit einer Aktiengesellschaft wird der Strombezug nicht günstiger. Erstaunlicherweise gibt es viele Genossenschaften. Wir sind überzeugt, marktkonforme Preise machen in erster Linie die Wettbewerbsfähigkeit aus. Windisch befindet sich im unteren Bereich der 15% der Gemeinden mit dem günstigsten Strompreis. Marktkonforme Preise sind wichtig und nicht die Organisationsform.

Bruno Kaufmann (FDP): Im Namen der FDP einige Präzisierungen zu den Voten der FiGPK und der SP. Zum Handlungsbedarf: Vor einigen Jahren hat man sich in einem Finanzworkshop dafür ausgesprochen, die Eigentümer-Strategie beim EW zu ändern. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen, diese Tatsache wird von der FiGPK anerkannt. Wir sehen auch Handlungsbedarf bei der FiGPK. Die Kontrolle klappt, aber nicht in jedem Detail. Im Aargau gibt es 29 Genossenschaften. Von 213 Gemeinden sind 55 wie Windisch organisiert. Zehn Gemeinden führen das EW selbst, in acht Gemeinden besteht eine Aktiengesellschaft mit 122 angeschlossenen Gemeinden. Total arbeiten 132 Gemeinden mit einer Aktiengesellschaft, was zwei Dritteln entspricht.

Anton Burger, Einwohnerratspräsident (CVP): Im Moment diskutieren wir nur über Eintreten.

Bruno Kaufmann (FDP): Wir befürworten Eintreten.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Zum Votum von Mirjam Aebischer: Die Aussage, eine Aktiengesellschaft sei teurer, ist nicht korrekt. Ich habe die Zusammensetzung des Strompreises und die Gründe erklärt, weshalb er im Moment so tief ist. Wir sind sehr günstig, weil wir zu einem sehr guten Preis einkaufen konnten. Werden alle drei

Komponenten berücksichtigt, sind wir an der Spitze der Teuersten im Kanton. Bei den Gemeindekonzessionen belasten wir das Maximum, was nur sehr wenige Gemeinden machen. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat diese Kompetenz erteilt. Bei der Beratung des RFE war die Höhe dieser Konzessionen kein Thema. Wir sind deshalb davon ausgegangen, dass der Preis nicht das entscheidende Argument für den Einwohnerrat ist. Paul Bitschnau hat darauf hingewiesen, wie wichtig es der SP ist, dass der Gemeinderat sich um das Personal kümmert. Es ist Aufgabe des Gemeinderates dafür zu sorgen, dass das Personal auch in Zukunft sichere Arbeitsplätze hat. Gerade deshalb gilt es nicht nur für die Gemeindeverwaltung, sondern auch für die Werke vorausschauend zu handeln. Es ist sehr wichtig, dass der Einwohnerrat Eintreten beschliesst und dieses Geschäft diskutiert. Gemeinderat und FiGPK sehen Handlungsbedarf. Wir sind es den Angestellten schuldig, dass wir die Situation genau prüfen. Ich bitte auf die Vorlage einzutreten.

Fredy Bolt (SP): Zwei weitere Gründe um Nichteinzutreten. Immer wieder wird erwähnt, auch in der Botschaft, dass das EW entpolitisiert werden muss. Wir beschäftigen uns mit einer Frage, die sehr politisch ist. Der Einwohnerrat sollte sich die Führung nicht wegnehmen lassen.

In welchem Markt soll dieses EW arbeiten? Soll es die IBB oder das lokale Gewerbe konkurrenzieren? Eine Möglichkeit sehe ich bei den umliegenden Gemeinden, welche teilweise eigene Werke haben. Abklärungen wurden noch keine getroffen. Sollte es soweit kommen, kann dieses Geschäft unter einem anderen Titel wieder vorgelegt werden. Jetzt wird Salami taktik betrieben ohne zu wissen, was wir wirklich wollen. Ich empfehle Nichteintreten.

Peter Vismara (FDP): Ich bin für Eintreten. Im Bericht der SP in der AZ war unter anderem zu lesen: „Wasser und Strom sind grundlegend, damit eine Gemeinde funktionieren kann.“ Das ist richtig. Heute habe ich gehört: „Die Kontrolle gehört in die politischen Gremien, wie beispielsweise Gemeinderat und Einwohnerrat“. Bisher hat es funktioniert. Der Markt verändert sich, wird schneller. Um mit der Entwicklung mitzuhalten ist eine Rechtsformänderung wohl die bessere Variante. Der Bericht wird uns mehr Entscheidungsgrundlagen geben. Es ist sinnvoll auf dieser Basis über eine Rechtsformänderung zu entscheiden.

Abstimmung Nichteintreten

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag auf Nichteintreten mit 13 Ja- gegen 23 Nein-Stimmen ab.

Detailberatung

Bruno Kaufmann (FDP): Wohlen ist auf der abgegebenen Liste im Bereich der 10%, welche am Teuersten sind. Wohlen hat aber den grössten Anteil Solarstrom und seit rund 10 Jahren eine AG. Die Leute sind freiwillig bereit einen höheren Preis zu bezahlen. Die AG schafft es, die Leute für den Solarstrom zu begeistern. In Windisch bezahlen von 7'000 Einwohnern etwa 120 Personen einen höheren Preis für den Bezug von Ökostrom. Gewisse Parteien haben mehr Mitglieder. Es wird argumentiert, eine zukünftige AG werde privatisiert. Dies ist nicht möglich, weil EW und Wasserwerk eine AG sind. Die Gemeinde ist gesetzlich verpflichtet, die Wasserversorgung selbst zu betreiben. Beim Strom wäre es eine Kann-Formulierung, eine Änderung müsste der Einwohnerrat beschliessen. Das Unternehmermodell funktioniert in der Wirtschaft. Die FDP unterstützt den Antrag und stimmt dieser Rechtsformänderung zu.

Paul Bitschnau (SP): Wohlen hat als erstes EW Solarstrompanels 1992 auf die Dächer gebaut und damit ein eigenes Fahrzeug betrieben. Alle haben Wohlen belächelt. 1992 gab es noch keine AG, es waren Menschen die ihre innovativen Visionen umgesetzt haben. „Mit einer AG wird alles besser“, daran glaube ich schon lange nicht mehr. Man muss nur ein wenig in die Welt hinausschauen. Es wird von einem Unternehmermodell gesprochen, andererseits werden Seitenhiebe gegen die Planwirtschaft ausgeteilt. Dies ist heikel. Wir leben nicht in einem kommunistischen Land, sondern in einer Demokratie. Mit Planwirtschaft hat der Gemeinderat, das Wasserwerk oder das EW meiner Meinung nach gar nichts zu tun.

Martin Gautschi (FDP): Es gilt die Sache positiver zu betrachten, vor allem auch Unternehmungen. Das Volk hat am 21. Mai der Energiestrategie zugestimmt. Daraus darf durchaus abgeleitet werden, dass ein EW unserer Grösse flexibler werden muss. Ich habe mich intensiv mit dieser Botschaft auseinandergesetzt, sie ist sehr detailliert abgefasst. Die Chancen der Wertschöpfung wurden verpasst. Die Beispiele zeigen, dass infolge fehlender Flexibilität keine Kooperationen möglich sind. Ganz wichtig ist, auch im Falle einer Rechtsformänderung bleibt das EW zu 100% im Besitz der Gemeinde. Die

Gemeinde bestimmt und ist mit einem Verwaltungsrat vertreten. Der Verwaltungsrat setzt sich aus Leuten zusammen, die etwas von Stromwirtschaft verstehen. Durch die neue Energiestrategie wird alles komplexer, Flexibilität wird gefordert sein. Die logische Konsequenz ist dieser Vorlage zuzustimmen, will man ein langfristiges Überleben des EW Windisch sichern. In dieser Frage gilt es langfristig zu denken, damit die Agilität dieses tollen Betriebes aufrechterhalten werden kann.

Martin Schibli (EVP): Mehrheitlich unterstützen wir den Vorschlag des Gemeinderates. Wir hoffen, dass mit den Abklärungen die Ausgestaltung der AG und die strukturellen und finanziellen Folgen klar sind. Die AG ist kein Allheilmittel. Es wird weiterhin wichtig sein, dass das Personal und die Führung dieses Betriebs wirtschaftlich und kundenfreundlich sind. Es ist Zeit, diese Rechtsformänderung zu prüfen. Wir begrüßen die breite Abstützung des Prozesses.

Mirjam Aebischer (SP): Nach Martin Gautschi sind Aktiengesellschaften ein Unternehmertum und dann läuft es richtig ab. Ich finde dies schwierig, da das EW eigentlich ein Monopolbetrieb ist. Das Netz ist das Monopol. Expandiert die Aktiengesellschaft und beliefert andere Gemeinden würde dies das lokale Gewerbe konkurrenzieren. Will man das? Ich bin erstaunt, dass die rechte Ratsseite dies gut findet. Die fünf Beispiele in der Botschaft sind keine Beispiele. Es ist für mich unvorstellbar, dass eine gewinnorientierte Aktiengesellschaft die Geschäftsstelle der REWA zu einem KampfpPreis übernimmt. KampfpPreis heisst tief und möglicherweise sind nicht einmal unsere Kosten gedeckt.

Ob das ein geschicktes Beispiel ist? Das zweite Beispiel überzeugt mich auch nicht, es hat alles funktioniert. Konkurrenzfähige Angebote mit Bindungsfristen, ich weiss nicht...Windisch hat die nächsten drei Jahre einen sensationell tiefen Strompreis. Dies ist auch kein Beispiel. Das EW ist ein integrier Betrieb. In der EW-Kommission arbeiten Fachleute, die etwas von der Materie verstehen. Die Organisation ist mit 8 Angestellten sehr schlank. Bei einer AG braucht es zusätzlich einen CEO. Den Verwaltungsräten muss ein Honorar bezahlt werden, der Einwohnerrat verliert jeglichen Einfluss und der Gemeinderat hat vielleicht noch einen Sitz. Ein gutes Beispiel ist der Campussaal, wo wir zahlen müssen, aber nichts zu sagen haben. Das ist ebenfalls eine AG.

Barbara Scheidegger (CVP): Die CVP-Fraktion dankt dem EW für die gute Arbeit, die es seit Jahren erbringt. Als Optimisten sind wir überzeugt, dass es Verbesserungspotential

gibt. Wir vertrauen dem Gemeinderat, dass dieses Vorgehen gut überlegt ist, die Abklärungen sachlich getroffen wurden und der aus der EW-Kasse finanzierte Kredit gut eingesetzt wird. Für uns ist wichtig, dass EW und Wasserversorgung im Gemeindebesitz bleiben. Die Rechtsformänderung ändert daran nichts. Mit der Überführung in eine AG wird das EW eine selbständige juristische Person. Dies erlaubt, unternehmerisch aktiv zu werden, heisst aber nicht, dass andere EW's aufgekauft oder riesige Aufträge eingeholt werden. Es wird schrittweise Dienstleistungen und Arbeiten anbieten, welche mit den eigenen Leuten erfüllt werden können. Somit werden die Arbeitskapazitäten besser ausgelastet. Wir begrüssen, dass eine politische Begleitgruppe den Prozess begleitet. Dies ermöglicht, die Anforderungen der Gemeinde als zukünftige Aktionärin zu formulieren. Die Ziele müssen sicher nochmals diskutiert werden. Welche Vergütungen werden an die Gemeinde entrichtet? Der Strompreis soll für die Kunden attraktiv bleiben. Wir hoffen, dass wir im Laufe des Prozesses einen Businessplan mit den Zielen einsehen können. Sorge bereitet uns, dass die AG einen allfälligen Gewinn versteuern muss. Wie dies funktionieren wird, wissen wir nicht genau. Ein weiterer positiver Punkt ist die Verbesserung der Risikosituation für das EW als juristische Person. Das EW ist grösseren Risiken ausgesetzt, als andere Eigenwirtschaftsbetriebe. Das EW-Personal begrüsst und unterstützt die Rechtsformänderung, ein wichtiger Punkt. Wir meinen, dass der Kredit bewilligt werden soll, damit wir die Konsequenzen sehen, wenn das EW als AG geführt wird.

Philipp Ammon (SVP): Die Diskussion in unserer Fraktion ist ähnlich verlaufen wie heute. Einig sind wir uns, dass Wasserwerk und EW im Eigentum der Gemeinde bleiben müssen. Gemäss Botschaft wird dies der Fall sein. Es ist richtig, das EW läuft gut. Muss eine Änderung immer nur in Problemsituationen erfolgen? Man kann auch in die Zukunft schauen und präventiv eine zukunftssträchtige Änderung vornehmen. Die Aussage betreffend Konkurrenz erstaunt mich. Ich glaube nicht, dass das EW Windisch in Zukunft auf dem Neumarktplatz Handyhüllen verkaufen wird. Es wird andere EW's konkurrenzieren, so wie es selbst konkurrenziert werden kann. Der Markt ist im Moment teilliberalisiert, die Liberalisierung ist schon lange versprochen. Vielleicht kommt diese irgendwann und genau deshalb muss das EW Windisch flexibler werden. Es soll sich auf eine komplette Netzliberalisierung einstellen können und mit Flexibilität gewappnet sein, wenn die Kunden zu einem anderen Stromanbieter wechseln. Dies ist heute nur sehr beschränkt möglich. Die SVP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag des Gemeinderates.

Pascal Schlegel (SVP): Ich kann das Argument von Mirjam Aebischer, dass Windisch unter den billigsten 10%-Stromanbietern ist, nicht nachvollziehen. Matthias Treier hat festgehalten, dass die Rechtsformänderung nicht automatisch zur Folge hat, dass der Strompreis steigt. Dies wäre nicht schlecht, weil sich die Leute dann vielleicht wieder einmal überlegen, ob das Licht wirklich brennen oder ein Gerät laufen soll. Da spielt auch noch ein bisschen Psychologie mit. Ich habe bei der nationalen Vorlage Nein gestimmt, vertrete jetzt aber die Meinung, dass wir konsequent sein müssen.

Martin Gautschi (FDP): Ich mache mir ebenfalls Sorgen. Bei den Grosskunden hat das EW massiv Kunden verloren. Kommt die Liberalisierung des Strommarktes tatsächlich, wird es für das EW sehr schwierig. In der heutigen Form wird es auf dem Markt keinen Bestand mehr haben. Es wird agile Möglichkeiten, vor allem auch Kooperationen brauchen. Die AG ist die richtige Rechtsform. Diese wird für die Zukunft des EW's entscheidend sein.

Mirjam Aebischer (SP): Das Netz wird nicht liberalisiert. Der Gemeinderat hat beschlossen, den Strompreis in den nächsten drei Jahren 1:1 weiterzugeben, wie er ihn beim AEW einkauft. Der Verlust der Grosskunden spielt keine Rolle, sie erhalten einfach keine Rechnung mehr für den Strombezug, die Nutzung des Netzes müssen sie weiterhin bezahlen. Der Gemeinderat hat beschlossen, ab 2017 auf den Preis wieder eine Marge zu schlagen. Die Sache ist sehr komplex, ich bin keine Stromspezialistin. Ich komme aus dem Sozialbereich. Auch in diesem Bereich hat es in den letzten Jahren umwälzende Gesetzesänderungen gegeben, die einfach adaptiert werden mussten. Trotzdem wurden die Sozialdienste der Gemeinden nicht einfach privatisiert. Wir wissen nicht, ob und wann die vollständige Liberalisierung der Energie kommt. Das eidgenössische Parlament wird dies kaum so lösen, dass die kleinen Gemeinden mit eigenem EW Probleme erhalten. Wo und wie soll das EW handeln, ich verstehe diese Aussage nicht. Wollen wir einfach weniger zahlen? Was wird unter Flexibilität verstanden, wo muss das EW flexibler sein als heute? Allenfalls kann sich Matthias Treier nochmals dazu äussern.

Fredy Bolt (SP): Martin Gautschi hat die Qualität der Botschaft gelobt. Ich bin anderer Meinung, für mich hat diese Botschaft über weite Strecken keinen Inhalt. Die angeführten Beispiele haben wenig Gehalt. Für mich ist nicht klar, was diese AG machen soll. Sehr verdächtig ist für mich mit welchem Tempo dieses Geschäft bearbeitet wird. Im

März wurden wir das erste Mal darüber informiert. Mir war nicht klar, dass dieses Geschäft derart intensiv bearbeitet wird und dafür schon viel Geld ausgegeben worden ist. Aufgrund der Hast und der intensiven Bearbeitung dieser Vorlage habe ich das Gefühl, dass dies nicht ein wirtschaftliches, sondern ein ideologisches Projekt ist. In dieser Form darf diese Vorlage nicht angenommen werden.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Es ist grundsätzlich richtig, dass eine AG Steuern bezahlen muss. Wir werden mit dem Kanton eine Vereinbarung abschliessen, dass der Bereich Wasser von den Steuern befreit ist. Somit ist nur der EW-Teil steuerpflichtig, wobei Windisch einen Teil erhalten würde.

Mirjam Aebischer fragt sich, weshalb diese Flexibilität nötig ist. Diese Frage zu beantworten ist schwierig, nachdem sie alle Beispiele als untauglich taxiert hat. Es sind extra fünf, weil ich drei als zu wenig erachtet habe. Ein weiteres Beispiel ist die Rechtssicherheit bei gewissen Geschäften. Beim bereits erwähnten Stromeinkauf ging es um eine Summe von ca. CHF 3.0 Mio. Dieser Einkauf widerspricht den Bestimmungen unserer Gemeindeordnung. Eine andere Lösung gab es nicht, da das Angebot nur eine Stunde gültig war. Es ist nicht möglich ein Angebot einzuholen und Wochen später eine Volksabstimmung über den Stromeinkauf durchzuführen. Dann ist der Strom 50% teurer. Die Flexibilisierung gewährleistet die Rechtssicherheit.

Fredy Bolt bemängelt die Hast bei dieser Vorlage. Im Januar habe ich den Einwohnerat informiert, dass wir die Rechtsformänderung prüfen und dafür einen separaten Informationsanlass durchführen. Der Gemeinderat arbeitet bereits seit 1 ½ Jahren mit einem externen Berater an diesem Projekt. Von Hektik kann keine Rede sein. Die Entscheidungsgrundlagen liegen vor, deshalb wollen wir es angehen.

Martin Weber (SP): Es gibt auch Risiken. Die Ausdrücke flexibel und dynamisch tönen sehr gut. Eine Aktiengesellschaft ist einer grösseren Gefährdung ausgesetzt. Im Gegensatz zur Gemeinde kann sie Konkurs gehen. Nicht vorzustellen, wenn dieser Fall eintreten würde. Allenfalls ist die Gemeinde dann nicht in der Lage, das EW zurückzukaufen. Dann haben wir es definitiv verloren. Ich habe Bedenken, dass der eingeschlagene Weg langfristig nachhaltig ist.

Martin Gautschi (FDP): Die Aussagen von Fredy Bolt sind fragwürdig, es ist doch besser zu agieren, anstatt zu reagieren. Wir haben jetzt die Chance zu agieren. Wir vergeben absolut nichts, das EW bleibt zu 100% im Gemeindebesitz. Ich verstehe diese Angstmacherei nicht. Es geht auch um die Sicherung der Wertschöpfung. Die Umsätze

des EW, speziell von den Grosskunden, gehen laufend zurück. Kommt die vollständige Liberalisierung, werden sie noch weiter zurückgehen. Das EW will aber Strom verkaufen. Klar kann man argumentieren, wir haben ja noch die Netznutzung. Dies wäre jedoch eine absolute Minimalvariante. Das Ziel ist auch die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die Mitarbeitenden können nur einen guten Job machen, wenn das EW floriert. Die Aktiengesellschaft ist der richtige Weg. Wir bewilligen heute nur die Ausarbeitung weiterer Entscheidungsgrundlagen. Zu diesem Punkt müssen wir klar Ja sagen.

Algimantas Gegeckas (CVP): Mein Votum ist nur kurz: „Zu leben heisst, sich zu bewegen heisst, sich anzupassen.“

Bruno Kaufmann (FDP): Entscheide können in Unternehmen einfacher gefällt werden, als mit einem Einwohnerrat. Ich nenne als Beispiel das jährliche Dorffest. Ich weiss nicht, wie lange in Wohlen bereits eine AG besteht. Aber diese Unternehmung kann jedes Jahr ein Dorffest im grossem Rahmen durchführen und muss nicht jedes Mal das Budget durch den Einwohnerrat genehmigen lassen. Dies ist die angesprochene Flexibilität. Ein CEO einer Unternehmung kann schneller handeln, entscheiden, weil er nicht noch eine Botschaft durch den Einwohnerrat diskutieren und genehmigen lassen muss. Über Personal und Überzeit müssen wir im Falle einer AG nicht mehr diskutieren, dies ist Aufgabe der Unternehmung.

Mirjam Aebischer (SP): Ich bin mit dem Vorgehen des Gemeinderates nicht immer einverstanden. Dieser trifft sich jede Woche zu einer Sitzung und so ist es doch kurzfristig möglich, über den Stromeinkauf zu entscheiden. Wo brauchen wir mehr Flexibilität? Der Verwaltungsrat trifft sich wohl kaum so häufig. Möglich ist, diese Aufgabe dem CEO zu übertragen. Dieser generiert einfach höhere Kosten, was für mich bei unserem Spardruck absolut unverständlich ist. Für dieses Projekt sollen nochmals CHF 200'000 investiert werden. Dies lässt uns doch keine Wahl, nachher muss es umgesetzt werden. Es wird nur teurer, so schlank wie heute, wird der Betrieb nicht mehr sein. Ich sehe keine Notwendigkeit für mehr Flexibilität. Das EW funktioniert gut. Es ist für mich nicht verantwortbar, die politische Kontrolle über ein Gemeindegut abzugeben.

Matthias Zehnder (SP): Die Frage der Kooperationen finde ich schwierig. Gehen wir eine Kooperation mit Birmenstorf und Mülligen ein, haben wir nachher 3 Aktionäre. Kommt noch ein grösserer Partner hinzu, weil der Markt allenfalls agiler ist, hat Windisch nichts mehr zu sagen.

Martin Gautschi (FDP): Kooperation heisst nicht Aktientausch. Diese bleiben zu 100% im Besitz der Gemeinde. Bei Kooperationen mit betriebswirtschaftlichen sinnvollen Aspekten werden nicht Aktien getauscht, sondern gemeinsam etwas realisiert.

Paul Bitschnau (SP): Mein Votum zur Personalsituation wurde mehrmals erwähnt. Stimmen wir dem Kredit nicht zu, sind wir schuld, wenn die Leute entlassen werden oder wir müssen uns nicht mehr über die Überzeiten kümmern. Mit ist lieber das Personal bleibt bei der Gemeinde. Damit ist gewährleistet, dass der Gemeinderat dafür sorgt, dass die Leute nicht einfach so arbeiten, wie sich der Markt gerade definiert.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Es ist doch nicht das Ziel, das Personal zu entlassen. Wir haben gute, qualifizierte Mitarbeitende im EW. Es geht überhaupt nicht darum, diese „auszupressen“.

Pascal Schlegel (SVP): Mich stört die Darstellung, dass die Anstellung eines CEO tausende von Franken kosten wird. Das EW hat einen Teamleiter, der zum CEO ernannt werden kann. Dieser trifft dann die Entscheidungen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 125'000.00 inkl. Mwst. für die Bearbeitung der Phasen III (Konzeption) und IV (Entscheidung) der geplanten Rechtsformänderung des Elektrizitäts- und Wasserwerks Windisch.

7 2017.33

Verpflichtungskredit Heizung Schulhaus Dorf

(Botschaft vom 1. Mai 2017)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Im Schlussbericht der Gebäudeanalyse der Schulraumplanung wurde festgehalten, dass im Dorfschulhaus, mit Ausnahme der Heizung,

längerfristig keine grösseren Sanierungen anstehen. Die Heizung ist in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden. Der Gemeinderat will die Sanierung rechtzeitig angehen um eine Notsanierung, analog Gemeindehaus, zu verhindern. Ich rufe auch die verschiedenen Voten zu den Sanierungsrückständen in Erinnerung. Ich beantrage diesem Kredit zuzustimmen.

Fredy Bolt, Sprecher FiGPK (SP): Die FiGPK empfiehlt Eintreten und Annahme der Vorlage. Der Gemeinderat hat sich für die günstigste stromlinienförmigste Variante entschieden. Mit dieser Sanierung hätte man auch warten können, um eine Grundsatzdiskussion zu führen, wie wir in Zukunft unsere Gebäude beheizen. Es wurde lediglich die Gasheizung im Betrage von CHF 150'000.00 der Schnitzelheizung mit Kosten von CHF 650'000.00 gegenübergestellt.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Marco Valetti (SVP): Diese Heizungssanierung hat bei der SVP zu keinen hitzigen Diskussionen geführt. Die offenen Fragen konnte ich mit dem Projektleiter klären. Wir haben uns gefragt, ob in Berücksichtigung der Situation eine separate Heizung für das Bossarthaus nicht eine sinnvollere Lösung wäre. Die Antworten haben ergeben, dass die Gasheizung die optimalste Variante ist. Wir stimmen dem Antrag zu.

Rahel Downey (SP): Wir beantragen die Rückweisung der Vorlage. Mit der Gasheizung wurde die billigste Variante gewählt. Offen bleibt, wie ökologisch und ökonomisch diese Lösung ist. Einem Dorf mit dem Label „Energistadt“ würde es gut ankommen, wenn die effiziente Variante Blockheizkraftwerk sorgfältig abgeklärt werden würde.

Bernhard Stüssi (SVP): Ein Grund für die Rückweisung wäre, dass eine Variante von Beginn an ausgeschlossen wurde. Zugegeben, die Ölheizung wird nicht mehr standardmässig eingebaut. Ich bin überzeugt, dies würde wieder hitzige Diskussionen auslösen.

Abstimmung Rückweisung

Der Einwohnerrat fasst mit 12 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Antrag auf Rückweisung wird abgelehnt.

Andrea Höbel (CVP): Der Projektbeschrieb ist detailliert und gut. Wir vermissen den Werterhaltungsplan, die Einsparung von 5% bei den Energiekosten ist sehr gering. Wir fragen uns, ob ein Wärmeverlust durch die Leitungen zur Turnhalle oder zum Bossart-haus resultiert. Die Auswertungen der Energiebuchhaltung geben diesbezüglich keine Auskunft. Für dies sind weitere Messstellen erforderlich. Mit der neuen Heizung wird die Wärmeverteilung erneuert. Dies ermöglicht, die Fernwärmeleitungen separat zu regulieren bzw. die Temperaturen zu reduzieren. Die Auswertungen der letzten drei Jahre ergeben sehr unterschiedliche Verbrauchswerte. Die CVP ist der Meinung, dass ein genaueres Messkonzept, zur Evaluierung der Verluste, finanziell vertretbar ist. Dies hätte Bestandteil der Vorabklärungen sein müssen. Wir stimmen dem Verpflichtungskredit zu.

Gilberto Accogli (FDP): Die FDP-Fraktion stimmt einstimmig für die effizienteste Lösung. In unserer Region ist Gas stark vertreten und ist auch bezüglich Emissionen eine gute Lösung.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 25 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 151'000.- inkl. MwSt. für die Erneuerung der Wärmeerzeugung im Schulhaus Dorf.

8 2017.34*

Verpflichtungskredit Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen; Beschaffung eines Pionierfahrzeugs

(Botschaft vom 01. Mai 2017)

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Zum Beschaffungsprozess folgende Ergänzungen: Für die Ersatzbeschaffung des Pionierfahrzeuges ist das Pflichtenheft mit Lageplan und Materialliste erstellt worden. Für diese Arbeit wurde eine Beschaffungskommission eingesetzt. Die Leitgemeinde hat den Beschaffungsprozess mit Zeitplan und Zwischenschritten festgelegt. Dieser wurde durch die Gemeinderäte Windisch, Habsburg und Hausen im Oktober 2016 genehmigt. Es ist ein offenes Verfahren gewählt worden. Die Beschaffungskommission hat zusätzlich am 4. November in Hausen eine kleine Ausstellung organisiert. Fünf Lieferanten mit 14 Fahrzeugen haben an diesem Anlass teilgenommen. Alle anwesenden Lieferanten wurden informiert, dass das Pflichtenheft bei der Gemeindeganzlei Hausen bezogen werden kann und die Publikation der offenen Ausschreibung noch vor Ende Jahr erfolgt. Das im Einsatz stehende Pionierfahrzeug konnte von den Lieferanten besichtigt werden. Der Rücknahmepreis ist Bestandteil der Ausschreibung und muss im Angebot enthalten sein. Die Ausschreibung ist gestützt auf den Prozessbeschrieb Mitte Dezember im Amtsblatt Kanton Aargau und im Brugger General Anzeiger erfolgt. Unschön ist, dass nur ein Angebot eingereicht wurde. Aufgrund des grossen Interesses der Lieferanten ging man bis kurz vor der Offertöffnung davon aus, dass weitere Angebote eingehen werden. Die Submission ist gemäss Beschaffungsprozess sauber und fristgerecht abgelaufen. Das leider einzige und Siegerangebot ist gut und seriös. Dies wurde auch vom AGV, welches Erfahrungswerte hat, bestätigt. Warum kein Standardfahrzeug? Karosserie, Motor und Kabinenaufbau entsprechen einem Standardfahrzeug. Das gesamte Material des alten Pionierfahrzeuges wird ausgebaut und beim neuen Fahrzeug wieder eingebaut. Es wurde sauber und seriös gearbeitet, Fehler sind keine passiert. Die Situation ist unglücklich, lässt sich aber nicht verändern. Ich beantrage dem Kredit zuzustimmen.

Matthias Knecht, Sprecher FiGPK (FDP): Zwei Bemerkungen von Seiten FiGPK: Das Vorgehen bei der Ausschreibung erfolgte nicht kostenbewusst. Die FiGPK wünscht nach wie vor, dass mehrere Offerten eingeholt werden. Der Ersatz ist unbestritten und die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat die Botschaft zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Ammon (SVP): Dieses Geschäft bot viel Diskussionsstoff. Unserer Fraktion gehören zwei Feuerwehrmitglieder an. Die Botschaft war für uns weniger eine Erklärung über die Umstände und die Gründe der Beschaffung, denn mehr ein Fragenkatalog. Gestützt auf die mündlichen Ergänzungen unseres FiGPK-Mitgliedes konnten wir die Notwendigkeit anerkennen. Es hat uns keine Ruhe gelassen, dass nur eine Offerte eingereicht wurde. Für uns unverständlich, Informationen über die Gründe waren in der Botschaft nicht zu lesen. Max Gasser hat die Situation nun erläutert. Gut wäre gewesen, diese Informationen mit der Botschaft zu geben. Dies hätte sehr viele offene Fragen beantwortet. Unsere Nachforschungen haben bestätigt, dass der Prozess sauber abgewickelt wurde. Die Feuerwehrkommission hat eine umfangreiche Ausschreibung erarbeitet und saubere Arbeit geleistet. Ich habe es erwähnt, wir waren erstaunt, dass nur eine Offerte eingegangen ist, obwohl fünf Lieferanten mit 14 Fahrzeugen vor Ort waren. Geht es diesen Firmen derart gut, dass sie kein Interesse haben Fahrzeuge zu verkaufen? Vermutlich nicht, weitere Abklärungen haben ergeben, dass sie die Ausschreibung verpasst haben. Hier liegt das Problem. Ich kann die Aussage von Max Gasser, es sei alles gut gelaufen, nicht unterstützen. Die Vorbereitung war gut, es wurde jedoch in einem zu kleinen Rahmen publiziert. Die Hersteller suchen die Ausschreibungen auf den speziellen Ausschreibungsportalen. Drei potenzielle Lieferanten haben die Ausschreibung nicht gefunden, dann ist die Ausschreibung nicht sauber erfolgt. Ist der Gemeinderat mit dem Ablauf dieses Geschäftes wirklich zufrieden? Falls nein, wie ich, wären bei einer nächsten Fahrzeugbeschaffung Verbesserungen fällig.

Algimantas Gegeckas (CVP): Die CVP ist einverstanden mit dieser Botschaft. Allerdings ist sie sehr kurz, nicht detailliert und hat sehr viele Fragen hinterlassen. Dies wäre nicht entstanden, wären die mündlichen Ergänzungen Bestandteil der Botschaft gewesen. Ohne alle Unklarheiten wäre der Titel länger als der Inhalt.

Reto Candinas (SP): Wir hatten dieselben Probleme. Aufgrund der vielen offenen Fragen wollten wir auch diese Vorlage zurückweisen. Für eine Investition von CHF 300'000 liegt nur eine Offerte vor, für uns absolut unverständlich. Wir hatten uns vorgenommen, die Verwaltung mit weniger Fragen zu belasten. Ein schwieriges Unterfangen mit dieser schlechten Botschaft. Schön, dass Max Gasser noch zusätzliche Erklärungen abgegeben hat, wir verzichten deshalb auf den Rückweisungsantrag. Ich weiss nicht wer

diese Botschaft geschrieben hat, aber sie ist schlicht unbrauchbar. Die Ausschreibung ist nicht optimal gelaufen, es gibt Fachzeitschriften für diese Publikationen. Man kann die Anbieter, welche anwesend waren, auch schriftlich über die Ausschreibung informieren. Vieles wäre möglich gewesen, grundsätzlich finde ich dieses Geschäft untragbar. Andererseits wäre ein Antrag auf Rückweisung unverhältnismässig.

Daniel Brassel (EVP): Auch bei uns hat diese Vorlage kein Feuer der Begeisterung entfacht, eher das Gegenteil. Grundsätzlich begrüssen wir eine moderne, schlagkräftige und professionelle Feuerwehr. Wir vermissen bei der Beschaffung dieses Feuerwehrfahrzeuges im Wert von rund einer halben Million CHF eine gewisse Professionalität und das Kostenbewusstsein bei der Feuerwehr resp. beim Beschaffungsprozess. Diese Aspekte lassen sich auch nicht zwischen den Zeilen der Botschaft herauslesen. Unsere Erwartungen waren:

Die Einhaltung eines vorab gesteckten Kostenrahmens. Grundsätzlich ist dieser gestützt auf den Finanzplan zumindest ansatzweise vorhanden.

Die Existenz von mindestens drei Offerten, Pflicht für eine Beschaffung in dieser Gröszenordnung.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Thematik „Standardisierung versus Individualisierung“, d.h. Grundanforderungen „versus Luxus und nice-to-have“ oder salopp gesagt „günstig versus teuer“ ist in der Botschaft nicht zu erkennen. Widerwillig und lustlos stimmen wir diesem Kreditbegehren zu.

Matthias Knecht (FDP): Die FDP kann sich den meisten Vorrednern anschliessen. Wir stimmen dem Kredit zu.

Martin Schibli (EVP): Die Meinung ist einhellig, niemand versteht, dass nur eine Offerte eingegangen ist. Müssen wir den Kredit bewilligen oder können wir eine Wiederholung des Verfahrens beschliessen? Weshalb ist man zu den vorliegenden Schlüssen gelangt?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Gemeinderat ist natürlich mit einer Offerte nicht zufrieden, um die Frage von Philipp Ammon zu beantworten. Wir sind mit dem Ablauf des Prozesses zufrieden, dieser ist professionell erfolgt.

In den letzten Jahren strapazieren wir den Einwohnerrat mit Fahrzeugbeschaffungen im Jahrestakt. Begonnen mit dem Atemschutzfahrzeug, dem Verkehrsfahrzeug und jetzt liegt der Antrag für das Pionierfahrzeug vor. Grosse Ersatzbeschaffungen werden

vorläufig nicht mehr notwendig sein. Dies zeigt, dass wir in Beschaffungsfragen routiniert und professionell sind. Wir hoffen, dass aus dieser Erfahrung Lehren gezogen werden. Eine Ausschreibung von einer Seite Text im Amtsblatt Kanton Aargau muss man finden. Viele Firmen beauftragen einen Pressedienst, der die Medien nach Ausschreibungen abcheckt. Mindestens zwei Lieferanten haben sie gefunden, einer hat ein Angebot eingereicht, der andere infolge von Lieferproblemen abgesagt. Wer die Ausschreibung finden will, findet sie, vor allem auch aufgrund der erhaltenen Informationen. Die Situation ist nicht gut, ich verstehe sie auch nicht.

Die Feuerwehrkommission hat die Frage von Martin Schibli nach einer Wiederholung des Verfahrens diskutiert. Rechtlich ist dies nicht vorgesehen. Das einzige eingereichte Angebot hat das Verfahren gewonnen. Es war in der Ausschreibung erwähnt, im Falle eines Prozesses muss der Unterlegene die Kosten tragen. Eine Wiederholung der Ausschreibung wäre unverhältnismässig gewesen. Da keine Fehler gemacht wurden, hat man sich gegen eine Wiederholung ausgesprochen.

Fredy Bolt (SP): CHF 494'000 kostet das Fahrzeug, einen Vergleich haben wir nicht. Kann die Feuerwehrkommission oder der Gemeinderat aufgrund von Vergleichszahlen bestätigen, dass dieses Angebot seriös ist?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Wir hatten Vergleichszahlen, die Beschaffung wurde auch mit der AGV abgesprochen. Diese weiss, was andere Gemeinden und Feuerwehrorganisationen für neue Feuerwehrfahrzeuge zahlen.

Fredy Bolt (SP): Ist es möglich eine Zahl zu nennen?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Es war in der gleichen Grössenordnung von ungefähr CHF 500'000.00.

Philipp Ammon (SVP): In dieser Antwort fehlt mir „lesson learned“. Ich verlange, dass in Zukunft in einem anderen Rahmen ausgeschrieben wird. Die Verantwortung den Lieferanten zuzuschieben ist nicht fair. Wir haben beide das gleiche Mail gelesen, sie haben recherchiert und die Ausschreibung nicht gefunden. Die Verantwortung dafür liegt nun wirklich bei der Publikation.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 326'846.00 inkl. MwSt. für die Beschaffung eines Pionierfahrzeugs der Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen.

9 2017.39

**Motion Barbara Scheidegger (CVP) betreffend Betriebsbeiträge Campussaal;
Überweisung**

Barbara Scheidegger (CVP): Diese Motion ist ein Versuch politischen Einfluss auf eine AG zu nehmen. Es ist ein Versuch die Campus AG zu beauftragen, unternehmerischer zu handeln. Zu den Punkten B und C der Motion konnten in der Presse bereits die negativen Entscheide gelesen werden. Punkt A bleibt aktuell. Windisch hat die Betriebsbeiträge für weitere 5, Brugg für weitere 10 Jahre gesprochen. Die Zeit vergeht schnell und das Thema wird bald wieder zur Diskussion stehen. Aus der Sicht der AG ist es reizvoll, grosse Abschreibungen zu machen, dies erlaubt schneller neue Investitionen. Ärgerlich ist, dass die öffentliche Hand dies grosszügig finanzieren muss. Ich bitte deshalb die Motion zu überweisen.

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Ich ging davon aus, dass diese Motion zurückgezogen wird. Weshalb komme ich auf diese Idee? Das Volk hat nicht nur die Betriebsbeiträge, sondern auch die Finanzpläne für fünf Jahre abgesegnet. Diese legen die Abschreibungen und die Mietzinszahlungen von der CBAG an die CIAG fest. Die Forderung, den Beitrag um CHF 65'000.00 zu kürzen würde eine Halbierung der Abschreibungen bedeuten. Dies hätte zur Folge, dass die CBAG weniger Miete bezahlt und die CIAG einen Verlust von rund CHF 180'000.00 erwirtschaften würde. Wäre dieser Antrag vor den Abstimmungen im Einwohnerrat vorgelegen, hätten wir anders verhandeln können. Wir sind bei der Aktiengesellschaft Minderheitsaktionär, ein grosser Un-

terschied zu dem, was wir beim EW und Wasserwerk haben werden. Die Abschreibungen und die Kürzung der Beitragsbeiträge sind ein Thema, welches wir bei beiden Gesellschaften immer wieder einbringen. Als Minderheitsaktionär unterliegen wir sehr oft. Zur Beschriftung: Wir sind Mitglied einer Stockwerkeigentümergeinschaft, der grösste Eigentümer ist der Kanton. Dieser hat bei diesen Abstimmungen die Mehrheit. Für das Beschriftungskonzept hat die CBAG schon ziemlich viel Geld investiert. Alle Projekte wurden abgelehnt, weil die Fachhochschule die Kosten für diese Beschriftung als viel zu teuer erachtete. Wir sind nur ein kleiner Teil der Stockwerkeigentümerschaft und unterliegen auch hier ab und zu.

Die Einfahrt der Autos in den Campussaal war bereits beim ersten Projekt des Campus vorgesehen. Der Kanton hat dieses Vorhaben abgelehnt, weil er keine direkte Zufahrt ab einer Kantonsstrasse in den Campussaal bewilligen kann. Das Projekt wurde nochmals überprüft und abgeklärt. Die Kosten für den Ausbau belaufen sich auf ungefähr CHF 250'000.00. Die Stockwerkeigentümergeinschaft hat dies abgelehnt und ästhetische und baustatische Gründe angeführt. Der Kanton signalisierte, dass er ein- bis zweimal pro Jahr eine direkte Einfahrt in den Campussaal bewilligen könnte. Aufgrund des Kosten-/Nutzenverhältnisses macht dies keinen Sinn.

Gestützt auf diese Situation bitte ich die Motion nicht zu überweisen.

Detailberatung

Karin Hefti (FDP): Als Wirtschaftsprüferin bitte ich, nicht auf den Punkt A einzugehen. Der Vorschlag ist verlockend, es gilt jedoch zu bedenken, dass sich die Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer einer Anlage berechnen. Wird eine Nutzungsdauer von 40 Jahren angenommen, wird die Anlage über 40 Jahre abgeschrieben. Eine Änderung des Konstruktes kann nur über die Miete bzw. deren Reduktion erfolgen. Dies wird auch zu einem wirtschaftlich korrekten Ergebnis führen.

Reto Candinas (SP): Spannend, einerseits stimmt die CVP einer Rechtsformänderung zu, andererseits reicht sie diese Motion ein. Der Sinn der AG ist die Eigenständigkeit und dass sie selbständig Entscheide treffen kann. Der politische Druck muss über eine viel allgemeiner formulierte Motion aufgebaut werden. Ein solches Vorgehen unterstütze ich sofort, wir haben ja auch nur fünf und nicht 10 Jahre Mittel bewilligt. Es ist sicher nicht schlecht, wenn wir mit einem Druckaufbau beginnen. Die vorliegende Form widerspricht allen Grundsätzen. Heidi Ammon hat es angesprochen, eine Bewilligung von Seiten Kanton ist nicht zu erwarten. Persönlich finde ich, dass der Campussaal,

welcher eine völlig andere Funktion und ein anderes Image hat, nicht für Autoausstellungen genutzt werden soll.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 7 Ja-Stimmen gegen 30 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Überweisung der Motion von Barbara Scheidegger (CVP) betreffend Betriebsbeiträge Campussaal wird abgelehnt.

10 Beantwortung von gestellten Fragen

Anfrage Bruno Graf (SP) betreffend Ehrungen

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Es ist eine langjährige Tradition, dass wir, sofern wir davon Kenntnis erhalten, gute Einzel und Vereinswettkampfergebnisse mit einer Gratulationsurkunde ehren. Früher wurden nach Turn- oder Musikfesten die zurückkehrenden Vereine mit Musik durch andere Vereine am Bahnhof empfangen. Dies ist heute nicht mehr möglich. Leider sind nicht alle erzielten, gute Ergebnisse, nicht nur im Sport, sondern auch in anderen Bereichen, aus der Presse ersichtlich. Einmal pro Jahr lädt der Gemeinderat zur Vereinszusammenkunft ein, eine gute Möglichkeit Einzel- und Vereinsergebnisse zu ehren. Zu diesem Anlass gehört auch der traditionelle Apéro, das Dankeschön für das Engagement der Vereine. Dieses ist für das kulturelle Leben sehr wichtig. Es ist nicht vorgesehen, einen speziellen Anlass für Ehrungen durchzuführen. Gerne pflegen wir die Tradition mit der Vereinszusammenkunft weiter. Feiert ein Verein ein Jubiläum, erhält er pro Vereinsjahr CHF 10.00. So erhält der CEVI, welche das 80-jährige Bestehen feiert, CHF 800.00.

Anfrage Mirjam Aebischer (SP) betreffend Strombezug aus Wasserkraft

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP):

1. Ja, das ist so. Der gefällte Entscheid läuft nicht ab. Wir werden weiterhin als Basisprodukt Wasserstrom aus der Schweiz anbieten. Für diesen wird ein sogenannter Herkunftsnachweis bei den Stromkonzernen AEW und Axpo beschafft. Somit ist es möglich auf dem Papier zu zeigen, woher der Wasserstrom kommt. Es wird kein Werk speziell bevorzugt.

Mirjam Aebischer (SP): Wir kaufen den Strom im Moment sehr billig ein. Ist dies wirklich Wasserstrom? Es ist bekannt, dass dieser etwas teurer ist, als einfach nur der Mix.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Es gilt zwei Sachen zu unterscheiden. Den physikalischen Strom, der aus der Steckdose kommt, können wir nicht verändern. Der Strommarkt arbeitet mit Zertifikaten, dem Herkunftsnachweis.

Die Energiebeschaffung erfolgt über die Marktpreise und mit dem Herkunftsnachweis können wir garantieren, dass der grosse Anteil des bezogenen Stroms aus Wasserkraftwerken stammt.

11 Mitteilungen des Gemeinderates

Personal

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Leider muss ich informieren, dass Oliver Stoll, Bereichsleiter Tiefbau, die Gemeinde Windisch nach vier Monaten wieder verlässt. Der Gemeinderat hat beschlossen, einen Fachberater beizuziehen. Dieser wird neben der Stellenbesetzung auch beauftragt, die Gründe für diesen sehr kurzfristigen Wechsel abzuklären. Das Personal ist mir sehr wichtig, auch wenn es dem Verwaltungsleiter untersteht. Ich unterstütze ihn und bin bei vielen Gesprächen ebenfalls anwesend. Mit den Abteilungsleitungen haben wir Workshops zum Thema Personal durchgeführt. Die Abteilungsleitungen haben die Situation nach den zwei kleinen Aufstockungen als gut eingeschätzt. Trotzdem trifft diese Kündigung ein. Es ist bereits das zweite Mal, dass eine benachbarte Organisation oder Gemeinde uns einen Bereichsleiter abgeworben hat. Weshalb? Dies steht in starkem Zusammenhang mit dem völlig ausgetrockneten Markt. So haben beide Stelleninhaber im Tiefbau die Gelegenheit genutzt, in eine leitende Position zu wechseln.

Beim Steueramt erfolgt ein Wechsel, da diese Person die Leitung eines kleinen Steueramtes übernimmt. Es wurde ihr die Leitung unseres Steueramtes angeboten, sie hat

sich jedoch für das Führen eines kleinen Steueramtes entschieden. Im Steueramt arbeiten zudem mehrheitlich junge Leute. Windisch ist sehr wichtig, Lehabgänger eine Chance zu geben, dass sie Berufserfahrung sammeln können. Die Konsequenz ist jedoch, dass diese teilweise nach kurzer Zeit weiterziehen, um weiterzukommen. Der erneute Wechsel in der Abteilung Planung + Bau ist problematisch. Projekte werden deshalb länger als vorgesehen extern bearbeitet, damit diese weitergeführt und betreut werden. Es bleibt zu hoffen, dass der nächste Stelleninhaber länger als ein Jahr bleibt.

Infoveranstaltungen, Finanzplan und Budget

Heidi Ammon, Gemeindeammann (SVP): Der Einwohnerrat wird im Oktober, nebst dem Budget, sehr viele Botschaften zu beraten haben. Es werden deshalb zwei Infoanlässe durchgeführt, einer zum Thema Budget, Finanzplan Einwohnergemeinde und Spezialfinanzierungen. Wir zeigen auf, wie der neue Finanz- und Lastenausgleich berechnet wird und welche Auswirkungen er für Windisch hat. Im zweiten Infoanlass werden einige Botschaften vorgestellt. Wir gehen davon aus, dass es im Oktober zwei ganze Sitzungen braucht. Je nach Auseinandersetzung und Diskussionen ist allenfalls noch eine zusätzliche Sitzung notwendig. Im Moment sieht es nach sehr viel Arbeit aus. Die Bearbeitung einzelner Botschaften ist auf gutem Wege, dazu nutzen wir auch die bevorstehende Sommerpause.

Hauptübung Feuerwehr

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Am 27. Juni 2017, 19.00 Uhr, findet im Lindenpark der Sanavita AG die Hauptübung der Feuerwehr statt. Die Öffentlichkeit ist herzlich dazu eingeladen, selbstverständlich auch alle Einwohnerräte. Das neue Kommandofahrzeug wird das erste Mal der Öffentlichkeit präsentiert und es gibt selbstverständlich auch einen Apéro.

12 Neueingänge

-/-

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr



Gemeinde Windisch
Protokoll des Einwohnerrates
Sitzung vom 14. Juni 2017

Seite:
240

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:

Der Gemeindeschreiber II: